

BROSCHÜRE

Globale Ziele – regionale Kreisläufe

Wie nachhaltige Entwicklung, Landwirtschaft und Tierhaltung zusammenhängen

Marie-Luise Abshagen und Tobias Reichert



Zusammenfassung

Mit der 2030-Agenda und ihren siebzehn Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) haben die Regierungen der Welt anerkannt, dass es überall grundlegender Veränderungen Bedarf, um unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zukunftsfähig zu machen. Alle Länder sind somit Entwicklungsländer. Um die SDGs erreichen zu können, ist eine Landwirtschaft nötig, die natürliche Ressourcen wie Wasser und Böden nicht nur besonders stark nutzt, sondern auch schützt. Um den Hunger zu beenden und Ernährung zu sichern muss nicht einfach mehr produziert werden. Sondern die Armen und Hungernden müssen darin unterstützt werden, mehr zu erzeugen und besser daran zu verdienen.

Besonders groß ist der Veränderungsbedarf in der industriellen Tierhaltung die für den größten Teil der Treibhausgasemissionen und Gewässerverschmutzung aus der Landwirtschaft verantwortlich ist. Wenn in Regionen wie Europa, Amerika und Ostasien weniger Tiere nachhaltiger gehalten werden, leisten sie einen Beitrag zu einer umwelt- und sozialverträglichen Landwirtschaft. Gleichzeitig hilft ein verringerter Verbrauch von Fleisch- und Milchprodukten ernährungsbedingte Krankheiten wie Herz- und Kreislaufprobleme sowie Übergewicht zu reduzieren. "Weniger und besser" ist der richtige Ansatz für eine Tierhaltung, die dabei hilft, die globalen Nachhaltigkeitsziele zu verwirklichen.

Impressum

AutorInnen:

Marie-Luise Abshagen und Tobias Reichert

Redaktion:

Hanna Fuhrmann

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Dezember 2015

Bestellnr: 15-1-04

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/14378

Inhalt

1	Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung - Was ist das?	4
2	Warum die SDGs nicht ohne grundlegende Veränderungen in Landwirtschaft und Tierhaltung erreicht werden können	9
2.1	Ziel 1: „Armut in allen ihren Formen und überall beenden“	9
2.2	Ziel 2: „Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“	10
2.3	Ziel 6: „Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten“	11
2.4	Ziel 3: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“	14
2.5	Ziel 12: „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“	15
2.6	Ziel 13: „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“	16
3	"Besser und weniger" - Wie Landwirtschaft und Tierhaltung die SDGs voranbringen können	18

1 Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung - Was ist das?

Was wäre anders, wenn man bis 2030 die Welt ändern könnte? Niemand müsste mehr hungern? Alle Menschen hätten Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung? Das Artensterben würde gestoppt? Alle Kohlekraftwerke wären abgeschaltet? Arbeit und Produktion wären würdevoll für den Menschen und schonend zur Natur? Niemand müsste mehr fliehen? Und wenn doch, würde sie oder er in den Zielländern akzeptiert und unterstützt?

Es gibt viele Themen, Probleme, Herausforderungen und Fragen, die uns im 21. Jahrhundert begleiten – und die uns gleichzeitig mit anderen auf der Welt verbinden: Der Wunsch nach Frieden, nach Gerechtigkeit, nach sauberer Umwelt und nach Chancen im Leben.

Vielleicht ist es dieses Bestreben, das die Staatengemeinschaft regelmäßig zu großen UN-Konferenzen zusammenbringt, um gemeinsam Herausforderungen zu bestreiten und Lösungen zu finden. 2015 fanden gleich drei wichtige Gipfel statt, auf welchen die internationale Staatengemeinschaft zusammenkam – der Klima-Gipfel von Paris, der UN-Gipfel zur Verabschiedung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung in New York und der Gipfel zur Finanzierung von nachhaltiger Entwicklung in Addis Abeba.

Wie alles begann: UN-Gipfel verknüpfen Umwelt und Entwicklung

Ein wichtiger Meilenstein, der uns zu einer neuen Idee der internationalen Zusammenarbeit zwischen Staaten gebracht hat, war die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro. An der Konferenz nahmen rund 10.000 Delegierte aus 178 Staaten teil, um gemeinsam das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung politisch und rechtlich zu diskutieren und in internationaler Politik zu verankern. Hierbei ging es nicht nur um umweltpolitische Probleme, sondern deren Zusammenhang mit den globalen Hindernissen für Entwicklung. Fünf Dokumente wurden schließlich verabschiedet, allen voran die Rio-Deklaration, welche in ihren 27 Prinzipien festhält, dass das „Recht auf Entwicklung so verwirklicht werden muss, dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen der heutigen und der kommenden Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.“¹ Damit wird von den Staaten der Welt erstmals offiziell das Konzept der Nachhaltigkeit anerkannt. Im sogenannten "Brundtland Bericht" der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung aus dem Jahr 1987 wurde festgestellt, dass ein dauerhafter Gleichgewichtszustand nötig ist, der den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden.

Weitere wichtige Ergebnisse des Rio-Gipfels waren die Rahmenkonvention für Klimaschutz, welche die Grundlage für das 2015 geschlossene Pariser Klimaabkommen bildet, die Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt und die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung. In den folgenden Jahren gab es eine Reihe weiterer UN-Gipfel zu spezifischeren Themen: Über Menschenrechte, Ernährung, soziale Entwicklung bis zu den Rechten und Entwicklungschancen von Frauen und Kindern. Alle endeten mit umfangreichen Absichtserklärungen Missstände anzugehen, waren aber praktisch wenig wirksam.

¹ www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf

Im Jahr 2000 wurden auf dem "Millenniumsgipfel" der UN in New York acht sogenannte Millenniumsziele (MDGs) beschlossen. Bis 2015 sollten messbare Fortschritte in den Bereichen Armut und Hungerbekämpfung, Primärschulbildung für alle, Geschlechtergerechtigkeit, Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit, Bekämpfung von HIV/AIDS und Malaria, Zugänge zu sauberem Trinkwasser sowie dem Aufbau einer globalen Partnerschaft erreicht werden. Um das Umsetzungsdefizit vorangegangener Gipfelbeschlüsse zu vermeiden, wurden konkrete Indikatoren zu den einzelnen Zielen vereinbart. Die MDGs wurden bald zu einem wichtigen Leitfaden für Entwicklungspolitik der UN und der Industriestaaten. Die technokratische Fokussierung auf einige wenige Themen mit messbaren Zielgrößen, blendete die strukturellen Gründe für Armut und Unterentwicklung sowie ökologische Probleme weitgehend aus. Auch dass die MDGs letztlich darauf abzielten, Probleme im Globalen Süden anzugehen und die Rolle der Industrieländer weitgehend unerwähnt ließ, stieß in der Zivilgesellschaft und bei einigen Entwicklungsländern auf Kritik.

Ein neuer Zielkatalog für 2030

Zum 20-jährigen Jubiläum der ersten Rio-Konferenz 2012 fand erneut in Rio de Janeiro, der Rio+20-Gipfel für nachhaltige Entwicklung statt. Dort sollte an die umfassenden Ergebnisse der ersten Rio-Konferenz und der nachfolgenden UN-Gipfel angeknüpft werden, und zugleich der Ansatz der MDGs, konkretere und besser messbare Ziele zu vereinbaren, weiter entwickelt werden. Ein wichtige Frage dabei war, wer und für wen eigentlich wie nachhaltig entwickelt werden muss. Auf die Initiative von Guatemala und Kolumbien, wurde beschlossen, Ziele für alle Länder zu entwickeln, die in der Tradition von Rio Entwicklungs- und Umweltfragen gemeinsam angehen sollen. Dem folgte ein **fast dreijähriger Verhandlungsprozess (2012-2015)** zwischen den UN-Mitgliedsstaaten. Schnell wurde in den Verhandlungen deutlich, dass diese neue Agenda einerseits die Möglichkeit bieten würde, viele unterschiedliche Aspekte von internationaler Entwicklungs-, Umwelt und Wirtschaftspolitik zusammenzubringen, die bis dahin in getrennten Prozessen stattfanden, und andererseits sicherzustellen, dass diese sich stärker aufeinander beziehen. Soziale, ökologische und ökonomische Aspekte können und dürfen nicht mehr länger getrennt voneinander betrachtet werden, sondern direkt miteinander in Verbindung stehen. Resultat ist die 2030-Agenda die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) enthält, die bis 2030 verwirklicht werden sollen. Die 2030-Agenda und die SDG bauen auf der Erfahrung aus dem Rio-Prozess und den MDGs auf.

Umfassendes Themenspektrum

Gleich beim ersten Blick auf die SDGs fällt auf: Es sind sehr viele. 17 Ziele mit insgesamt 169 Unterzielen haben die Staaten ausgearbeitet. Der Umfang liegt darin begründet, dass sie alle Bereiche der Nachhaltigkeit abdecken und zusammenbinden sollen. Mit den Zielen sollen auch Maßnahmen – also Lösungsmöglichkeiten – entwickelt werden, wie die zentralen wirtschaftlichen, sozia-



len und ökologischen Fragen unserer Zeit zu beantworten sind.

Die Frage, ab welcher Anzahl es denn eigentlich zu viele Ziele wären, begleitete die Verhandlungen dabei kontinuierlich. Dass man sich zum Schluss auf einen so umfangreichen Katalog einigte, lag daran, dass viele zivilgesellschaftliche Vertreter, wie Umwelt- oder Entwicklungsverbände, sich mit Regierungen, vor allem aus dem Globalen Süden einig waren, die Komplexität der Welt in dem Katalog realistisch darzustellen und ehrlich die Schwierigkeiten aufzuzeigen.

Die 2030-Agenda ist ein wichtiges Dokument, das zeigt: Wenn sie wollen, können sich alle Staaten auf gemeinsame Ziele für eine friedliche, gerechte und umweltfreundliche Zukunft einigen. Nichtsdestotrotz haben die SDGs aber auch einige große Schwächen, die ihre Verwirklichung vor große Herausforderungen stellt. So liegt der Teufel bei manchen SDG-Formulierungen im Detail. Die Menschenrechte werden zwar in einem eigenen Absatz hervorgehoben, aber danach nicht mehr erwähnt. So wird vom Zugang zu Ressourcen gesprochen, nicht aber dem Recht darauf, oder von Ernährungssicherheit aber nicht vom Recht auf Nahrung. Auch gibt es Zielkonflikte zum Beispiel zwischen Wirtschaftswachstum (SDG 8) und geringerem Ressourcenverbrauch (SDG 15). Für Länder wie Deutschland, die bereits eine hohe Wirtschaftsleistung haben, sind diese besonders deutlich.

SDG gelten für alle Länder

Ein wichtiger Mehrwert der SDGs ist, dass sie, im UN-Jargon, universal, also für alle Länder weltweit gelten. Das ist ein bedeutender Schritt hin zu der Erkenntnis, dass nicht nur im Globalen Süden, sondern auch in den Ländern des Globalen Nordens Veränderungen nötig sind. Auch "entwickelte" Staaten wie Deutschland, Schweden oder die USA müssen ihr Modell von Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und dem Umgang mit der Natur – kurzum unseren vermeintlichen Reichtum – überdenken. Der Lebensstil in den Ländern des Globalen Nordens, und zunehmend auch der Mittel- und Oberschichten weltweit, ist ein zentrales Hindernis für die nachhaltige Entwicklung der Länder des Globalen Südens. Universalität mahnt somit entscheidende Veränderungen innerhalb von Staaten an, gerade mit Blick auf die Auswirkungen auf andere Länder.

Beteiligung der Zivilgesellschaft

Aber nicht nur StaatenvertreterInnen wirkten an der Formulierung der SDGs mit. Vielmehr beteiligten sich auch die Akteure der Zivilgesellschaft sehr intensiv an dem Verhandlungsprozess. Dies geschah sowohl in organisierter Form, durch Mitarbeit in der UN-Gruppe, die für die Verhandlungen zuständig war, als auch durch Lobbygespräche von Verbänden mit den Regierungen. Zudem gab es das von der UN initiierte Online-Abstimmungsverfahren (MyWorld), bei dem Individuen aus der ganzen Welt ihre Prioritäten für eine gerechte und nachhaltige Welt nennen konnten und an dem sich fast eine Millionen Menschen weltweit beteiligten.

Obwohl viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft mit dem Ergebnis der SDGs nicht in jedem Detail einverstanden sind, war das Gros der Nichtregierungsorganisationen und Verbände dennoch zufrieden über den Prozess und den Inhalt der Ziele. Die Bewertung lässt sich kurz so zusammenfassen: Die SDGs sind besser als erwartet – mal sehen, was die Staaten nun damit machen.

Wie werden die SDG umgesetzt?

Die besten Ziele sind natürlich nur so viel Wert wie ihre tatsächliche Umsetzung. Grundsätzlich sind hier die SDGs mit ihrer Verankerung in der 2030-Agenda und dem UN-System erst mal ganz gut aufgestellt. Bei der UN wurde das sogenannte High Level Political Forum (HLPPF) geschaffen, bei dem Regierungen ihre Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs und den Stand der Erfolge und

Schwierigkeiten vorstellen und sich gegenseitig beraten können. Das erste Treffen fand schon im Juli 2016, ein halbes Jahr nach dem offiziellen Beginn des Umsetzungszeitraums, statt.

Die 17 SDGs und 169 Unterziele sollen außerdem durch einen Katalog von Indikatoren messbar gemacht werden. Die Staaten einigten sich bisher auf 230 Indikatoren. Die Schwierigkeit: Nicht zu allen Indikatoren gibt es Daten und oft nicht eine Methodik sie zu erheben. All das wollen die UN in den nächsten Jahren weiter ausarbeiten.

Die größte Schwäche der SDGs: Wie bei vielen anderen UN-Beschlüssen ist ihre Umsetzung freiwillig und damit im Großen und Ganzen unverbindlich. Da der einzige Mechanismus, Fortschritte, oder deren Fehlen, zu erkennen, die regelmäßigen Berichte an das HLPF sind, droht die Gefahr, dass nur über Themen berichtet wird, in denen es schon Fortschritte gibt ("Wir haben die beste Energiepolitik") oder bei denen finanzielle Unterstützung erwartet wird (Gesundheitssysteme oder Infrastruktur). Fragen, bei denen man "doof dastehen" würde (Anteil von Frauen im Parlament und in Aufsichtsräten), drohen unter den Tisch zu fallen.

Die konkrete Umsetzung der SDGs ist zugegebener Weise nicht so einfach: Wie können abstrakte internationale Ziele in nationale Politik umgesetzt werden und wie geht man mit politischen Widerständen um? Das gilt nicht nur für Autokratien, die oft bestimmte SDGs oder Unterziele, Geschlechtergerechtigkeit oder Zugang zu Justiz gar nicht schaffen wollen. Gerade Demokratien sind keine homogenen Blöcke, in denen das international Verhandelte sofort national von allen mitgetragen wird. Vielmehr gibt es innerhalb von Gesellschaften, Parlamenten und Regierungen unterschiedliche Einschätzungen und Prioritäten. Es muss also entschieden werden, welche SDGs zuerst und mit welchen Mitteln verfolgt werden. Sollen dafür neue Strukturen und Institutionen geschaffen werden oder baut man auf bestehenden auf? Auch wenn die SDG als "unteilbar" definiert werden und daher alle umgesetzt werden sollen, droht die Gefahr, dass Länder nur die SDGs betonen, in denen kaum noch etwas zu tun ist.

Und die größte Frage wie so oft – wie lässt sich das finanzieren? Immerhin sprechen UN-Organisationen von einem jährlichen Investitionsbedarf von 2,5 -3 Billionen USD, um die notwendigen Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturen zu errichten. Müssen neue Schulden gemacht werden? Braucht es Steuerreformen? Geht es gar nicht ohne privates Geld? Regierungen und die UN schauen hierfür vermehrt auf privatwirtschaftliches Kapital. Aber wollen wir wirklich, dass Microsoft unser Essen, Facebook unsere Unterrichtsmaterialien und Siemens unsere Infrastruktur finanziert? Wo bleiben die demokratische Verantwortung und Kontrolle für private Akteure?

Was macht Deutschland eigentlich in Sachen SDGs?

Die Bundesregierung hat die Erarbeitung der 2030-Agenda und der SDGs von Beginn der Verhandlungen als ein wichtiges internationales Thema angesehen. Dazu gehörte, dass sie sich in den internationalen Verhandlungen sehr prominent beteiligte und die Agenda in großem Maße mit Input und Verhandlungsgeschick gestaltet hat. Daraus ergibt sich, dass die Bundesregierung auf internationaler Ebene weiterhin den Erfolg der SDGs vorantreiben will – vor allem in der Weiterausarbeitung des Überprüfungsmechanismus beim HLPF. Zudem hat Deutschland international das Image eines sehr nachhaltigen Landes – vor allem in Bezug auf Umweltschutz und Erneuerbare Energien. Beides bedingt, dass Deutschland bereits im Juli 2016 als eines der ersten Länder die Umsetzung der SDGs in der Innen- und Außenpolitik in New York den anderen UN-Staaten vorstellen wird. Der Schwerpunkt liegt auf den strukturellen Prozessen, mit welchen die SDGs in der deutschen Politik verankert werden sollen. Konkret hat die Bundesregierung bei der Umsetzung der SDGs den Weg gewählt, diese in bestehende Strukturen zu integrieren – in die Nachhaltigkeitsstrategie.

Nachhaltigkeitsstrategie als Umsetzungsinstrument

Die bis dato eher unbekannt und politisch wenig relevante Nachhaltigkeitsstrategie ist im Kern eigentlich eine gute Idee. Sie ist ein Ergebnis des Rio-Prozess für nachhaltige Entwicklung, aus dem 20 Jahre später auch die SDGs hervorgegangen sind. Jedes Land hatte sich damals dafür ausgesprochen, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, um Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in ihrer Innenpolitik zu verankern. Deutschland verwirklichte diesen Beschluss im Jahr 2002 mit der Verabschiedung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie; verantwortlich ist das Bundeskanzleramt. Die Strategie wurde in den letzten Jahren regelmäßig überarbeitet und umfasste zum Zeitpunkt der SDG-Verabschiedung circa 38 Indikatoren aus unterschiedlichen Politikfeldern. Dazu gehörten Indikatoren wie die Veränderung des Güter- und Personenverkehrs, die Erhöhung von Ökolandbau, der Anstieg von Erneuerbaren Energien, die Reduzierung der Staatsverschuldung und die Erhöhung der Erwerbstätigenquote. Gemessen wurde der Fortschritt alle vier Jahre vom Statistischen Bundesamt, das der Umsetzung wichtiger Punkte regelmäßig schlechte Noten erteilte. Mit der Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie können die umfassenderen SDGs Einzug in das Dokument erhalten.

Letztlich entscheidet sich der Erfolg der SDGs jenseits technischer Fragen, Strategiepapieren und Ressortabstimmungen. Wichtigste Zutat ist der politische Wille von Regierungen, Parlamenten und den Menschen, die sie wählen. Wirksame Veränderungen können nicht durch persönliche Verhaltensänderungen allein erreicht werden – die Auswirkungen von nachhaltigerem Konsum und Produktion müssen für BürgerInnen aber zumindest akzeptabel sein.

Wie eng die unterschiedlichen SDGs damit zusammenhängen, was wir im Alltag tun, lässt sich an der Ernährung, vor allem mit tierischen Produkten wie Fleisch und Milch und der dazu notwendigen Landwirtschaft, besonders gut zeigen.

2 Warum die SDGs nicht ohne grundlegende Veränderungen in Landwirtschaft und Tierhaltung erreicht werden können

Wegen ihres umfassenden Charakters können die SDGs nur erreicht werden, wenn sich alle Wirtschaftssektoren grundlegend verändern. Auch Landwirtschaft und Ernährung sind mit vielen Nachhaltigkeitszielen verknüpft. Eine besonders große Rolle innerhalb der Landwirtschaft spielt wiederum die Tierhaltung, da sie viele Flächen und Ressourcen in Anspruch nimmt. Der Trend zu höherem Verbrauch von Fleisch und Milchprodukten in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wird ihre Bedeutung noch vergrößern. Im Folgenden wird dargestellt, welche Ziele besonders stark von Landwirtschaft und Tierhaltung beeinflusst werden, und in welche Richtung Änderungen gehen müssten, um zum Erreichen der Ziele beizutragen. Dabei wird, wo sinnvoll, auch auf die konkreteren Unterziele und Umsetzungsmaßnahmen eingegangen.

2.1 Ziel 1: „Armut in allen ihren Formen und überall beenden“



Bereits das erste und implizit wichtigste SDG, die Armut zu beenden und insbesondere das Unterziel 1.1 nach dem bis 2030 die extreme Armut (Einkommen unter 1,25 USD am Tag) für alle Menschen überall beseitigt werden soll, betrifft direkt die Landwirtschaft. Nach Schätzungen der Weltbank leben derzeit 80 Prozent der etwa 770 Millionen extrem Armen weltweit im ländlichen Raum, und 65 Prozent arbeiten direkt in der Landwirtschaft als KleinbäuerInnen, LandarbeiterInnen oder ViehhalterInnen.²

Oft sind diese Beschäftigungen auch kombiniert, reichen aber nicht für ein gutes Einkommen aus. Der internationale Fonds für ländliche Entwicklung (IFAD) schätzt, dass über 70 Prozent der extrem Armen, also über 600 Millionen Menschen, auch Vieh halten. Für viele ist dabei Viehhaltung nicht die wichtigste Einnahmequelle, aber oft eine wichtige Ergänzung. Tiere dienen auch als "Sparkasse" und werden in Notfällen verkauft, um das Einkommen aufzubessern.³

Um die absolute Armut weiter zu verringern, ist es daher entscheidend, dass die Menschen im ländlichen Raum und in der Landwirtschaft bessere Einkommen erzielen können. Auch der bisherige Erfolg – die Zahl der Armen konnte weltweit von etwa zwei Milliarden auf unter 800 Millionen verringert werden – ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die ländliche Armut in China seit den 1980er Jahren drastisch gesunken ist. Die wichtigsten Maßnahmen waren größere unternehmerische Freiheiten und staatliche Unterstützung für KleinbäuerInnen sowie höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte.⁴

² documents.worldbank.org/curated/en/187011475416542282/pdf/WPS7844.pdf

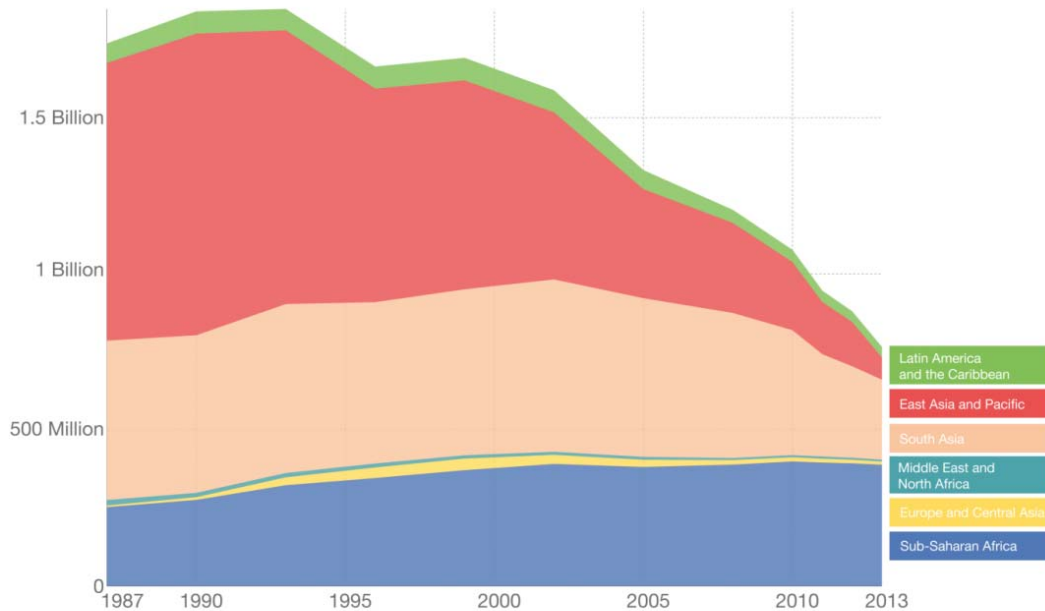
³ www.ruralpovertyportal.org/web/rural-poverty-portal/topic/home/tags/livestock

⁴ Ravallion, M./Shoahua, C. (2004): China's (uneven) progress against poverty; World Bank Policy Research Paper 3408, Washington

Um die extreme Armut zu bekämpfen, müssen daher die Einkommen der KleinbäuerInnen steigen indem sie mehr produzieren und höhere Preise dafür erhalten. Das gilt sowohl für pflanzliche wie für tierische Lebensmittel. Letztere werden aber an Bedeutung gewinnen, da sie in Entwicklungs- und Schwellenländern immer stärker nachgefragt werden.

Number of people living in extreme poverty by world region (1987-2013)

The absolute poverty is defined as living with less than \$1.90 per day. This is measured by adjusting for price changes over time and for price differences between countries (purchasing power parity (PPP) adjustment).



Data source: World Bank (PovcalNet). The visualization is available at OurWorldinData.org where you find more visualizations and research on global development. Licensed under CC-BY-SA by the author Max Roser.

Zahl der extrem Armen (Quelle: World Bank PovcalNet)

2.2 Ziel 2: „Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“



Die überragende Bedeutung der Landwirtschaft für die Armutsbekämpfung und der enge Zusammenhang zwischen Armut und Hunger spiegeln sich auch im Ziel 2 zu Hunger, Ernährung und nachhaltiger Landwirtschaft wider, das alle drei Fragen zusammen angeht. Besonders deutlich wird dies im Unterziel 2.3 nach dem „bis 2030 die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere von Frauen, Angehörigen indigener Völker, landwirtschaftlichen Familienbetrieben, Weidetierhaltern und Fischern“ verdoppelt werden soll. Dies soll „unter anderem durch den sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, anderen Produktionsressourcen und Betriebsmitteln, Wissen, Finanzdienstleistungen, Märkten sowie Möglichkeiten für Wertschöpfung und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung“ erreicht werden. So wird deutlich gemacht, dass sich der Hunger nicht dadurch besiegen lässt, dass einfach mehr Lebensmittel erzeugt werden. Vielmehr müssen die von Armut und Hunger besonders betroffenen Menschen auf dem Land die Möglichkeit erhalten, produktiver zu werden und ihre Einkommen zu verbessern. Die Weidetierhalter, in Entwicklungsländern oft traditionelle Nomaden, die besonders von Armut und mangelndem Zugang zu Ressourcen betroffen sind, werden dabei ausdrücklich erwähnt.

Der Zugang zu Grund und Boden ist auch im Zusammenhang mit Ziel 5 "Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen" relevant. Unterziel 5.a fordert, dass Länder „Reformen durchführen, um Frauen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu Grundeigentum und zur Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstige Vermögensformen, zu Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürlichen Ressourcen zu verschaffen“. In vielen Ländern haben Frauen keine Möglichkeit Land zu besitzen und zu erwerben. Das verringert ihre Möglichkeiten in eine nachhaltigere landwirtschaftliche Erzeugung zu investieren, zumal Kredite von Banken oft daran geknüpft sind, dass Sicherheiten in Form von Bodeneigentum nachgewiesen werden. Wenn diese Hindernisse abgebaut werden, ließe sich die Produktivität in der Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer nach Untersuchungen von Weltbank und IFAD um 10 bis 20 Prozent steigern.⁵



Melkerin in Burkina Faso
(Quelle: Fred Dott)

Frauen spielen auch eine besondere Rolle bei Viehhaltung, insbesondere von kleineren Tieren wie Hühnern oder Ziegen. In vielen Volksgruppen, die traditionell Rinder halten, versorgen Frauen die Milchkühe und vermarkten die Milch. Eine bessere Entwicklung der regionalen Wertschöpfungsketten für Fleisch und Milch kann daher dazu beitragen, die SDGs 1, 2 und 5 zu erreichen.

Das Unterziel 2.4 von Ziel 2 zielt stärker auf ökologische Fragen: Es richtet die Forderung nach der „bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sichergestellt, und resiliente landwirtschaftliche Methoden angewendet werden sollen, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, (...) und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern“ an große und kleine Betriebe gleichermaßen.

2.3 Ziel 6: „Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten“



Wasser ist für die Landwirtschaft unbedingt notwendig. Daher wird es einerseits besonders stark genutzt und andererseits auch durch die intensive Landwirtschaft belastet. Die Bewässerungslandwirtschaft ist für etwa 70 Prozent der menschlichen Nutzung von Grund- und Oberflächenwasser verantwortlich. Damit steht sie in Regionen, in denen Wasser insgesamt knapp ist, in Konkurrenz zu anderen Nutzungen in Haushalten und der Industrie. Eine zu starke Entnahme führt dazu, dass der Grundwasserspiegel sinkt, was negative ökologische Folgen hat, und immer mehr bewässert werden muss. Dagegen können landwirtschaftliche Böden, insbesondere Grasland, eine positive Rolle für den Wasserhaushalt spielen, indem sie Regenwasser speichern und so helfen Hochwasser und Überschwemmungen einerseits und Dürren andererseits zu vermeiden oder abzumildern. Ange-

⁵ Sitere-
sources.worldbank.org/INTGENAGRLIVSOUBOOK/Resources/GenderSourcebookExecutiveSummaryEnglish.pdf

sichts der durch den Klimawandel verursachten höheren Wahrscheinlichkeit von extremen Wetterereignissen wie Starkregen, Hitze oder Trockenheit, wird diese Eigenschaft immer wichtiger. Im Sinne des Ziels 6 sollte daher Wasser in der Bewässerungslandwirtschaft effizienter genutzt werden, sodass die Entnahme verringert werden kann, ohne dass die Erträge darunter leiden. Gleichzeitig sollten alle Böden so bewirtschaftet werden, dass ihre Fähigkeit Wasser aufzunehmen und zu speichern gesteigert wird.

Belastet wird das Wasser durch die Landwirtschaft zum einen durch Nährstoffe, die durch Dünger und insbesondere Exkremate aus der Nutztierhaltung eingebracht werden; zum anderen durch Pestizide. Im Unterziel 6.3 wird dazu ausdrücklich gefordert „bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, (...) weltweit [zu] verbessern“. In vielen Regionen mit intensiver Tierhaltung in Deutschland und der EU werden mit den Exkrementen, meist in Form von Gülle,



mehr Nährstoffe, vor allem Stickstoff und Phosphor, auf die Felder ausgebracht, als die Pflanzen beim Wachstum verarbeiten können. Die Überschüsse gelangen – bei Stickstoff in Form von Nitrat – in Grund- und Oberflächenwasser. Daher enthält das Wasser mehr Krebs erregendes Nitrat als die Europäische Union zulässt. Die Wasserwerke müssen das Grundwasser in diesen Regionen mit dem aus saubereren Brunnen mischen, um die Grenzwerte einhalten zu können.

Ausbringen von Gülle (Quelle: bioökonomie-bw⁶)

Neben der menschlichen Gesundheit leidet auch die Umwelt unter zu hohem Nährstoffeintrag in die Gewässer. Zunächst verändern sich Ökosysteme, die an niedrige Nährstoffgehalte angepasst sind und Pflanzen- und Tierarten werden verdrängt. Im Extremfall wachsen Algen durch die hohe Stickstoff und Phosphorzufuhr so stark, dass sie den gesamten im Wasser gebundenen Sauerstoff verbrauchen, die Gewässer "umkippen" und die meisten Lebewesen sterben. Das betrifft nicht nur Flüsse und Seen, sondern in Küstennähe auch Meere und Ozeane⁷.

Ziel 14, „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen“ geht darauf im Unterziel 14.1 ausdrücklich ein, und fordert „bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Lande ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, [zu] verhüten und erheblich [zu] verringern“.



⁶ www.biooekonomie-bw.de/files/cache/61af117281e3bad37304401d1b47be4c_f12256.jpg

⁷ www.spiegel.de/wissenschaft/natur/sommerhitze-gigantischer-algenteppich-bedeckt-grosse-teile-der-ostsee-a-707721.html

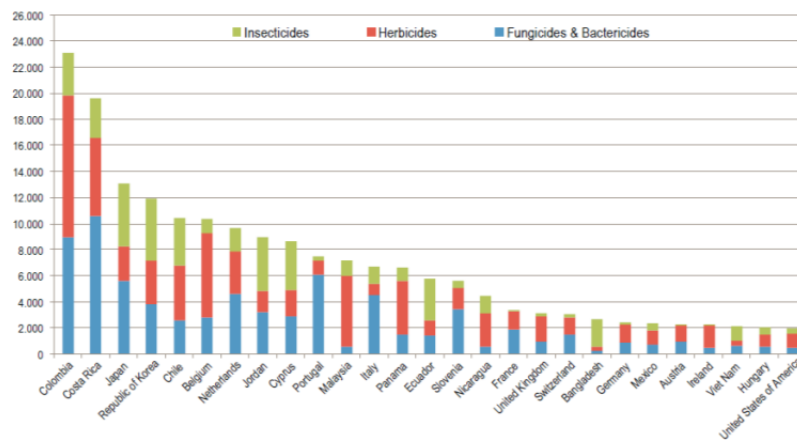


Algenpest Ostsee (Quelle: DLR von WWF Homepage⁸)

Das Grundwasser wird zudem mit Pflanzenschutzmitteln und ihren Rückständen belastet. bei Untersuchungen in Niedersachsen wurden im Jahr 2015 in 45 Prozent aller Messstellen Pestizide oder ihre Abbauprodukte gefunden. An einigen wurden die zulässigen Grenzwerte sogar überschritten⁹.

Zu Entwicklungsländern liegen weniger verlässliche Daten vor. Allerdings steigt der Verbrauch von Pestiziden dort stark an – und liegt in einigen Ländern pro Hektar schon höher als in den meisten Industriestaaten. Entsprechend werden in Regionen wo Untersuchungen vorgenommen werden Pestizide im Wasser nachgewiesen¹⁰.

FIGURE 9: CONSUMPTION OF INSECTICIDES, HERBICIDES, FUNGICIDES AND BACTERICIDES PER UNIT OF ARABLE LAND AND PERMANENT CROPS (G/HA). COUNTRIES WITH HIGHER INTENSITY USE OF PESTICIDES ARE SELECTED.



Pestizideinsatz in ausgewählten Ländern (Quelle: FAOSTAT 2006,2007 and other yaers for USA, Brazil and Malaysia)

⁸ www.wwf.de/fotostrecke/globaler-wandel-die-erde-aus-dem-all/gallery/image/page/9/

⁹ www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Pestizidgefahr-im-Grundwasser,pestizide136.html

¹⁰ www.fao.org/fileadmin/templates/solaw/files/thematic_reports/TR_08.pdf

Damit die Ziele 6 und 14 bezüglich des Eintrags von schädlichen Nährstoffüberschüssen erreicht werden können, muss vor allem die in einigen Regionen besonders stark konzentrierte Tierhaltung verringert werden. Es sollten nur noch so viele Tiere gehalten werden, wie mit auf dem Betrieb oder lokal erzeugtem Futter ernährt werden können. Dann werden die durch Mist oder Gülle ausgebrachten Nährstoffe von den Pflanzen gebraucht und es kommt nicht zu Überschüssen, die Gewässer belasten. Der Einsatz von Pestiziden kann reduziert werden, wenn auf den großflächigen Anbau weniger Kulturen verzichtet wird, welche Schädlingen viele Möglichkeiten bieten, sich auszubreiten. Stattdessen sollten verschiedene Kulturen in vielfältigen Fruchtfolgen angebaut werden. So lassen sich auch Bodenfruchtbarkeit und die Fähigkeit Wasser zu speichern erhöhen. Je nach Klima, Bodenbeschaffenheit und Schädlingsdruck müssen Fruchtfolgen unterschiedlich gestaltet werden. Sinnvoll sind sie aber in Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen.

2.4 Ziel 3: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“



Wenn die Belastung des Trinkwassers mit Nitrat und Pestiziden verringert wird, sind auch positive Wirkungen auf die menschliche Gesundheit zu erwarten. Im Unterziel 3.9 von Ziel 3 wird dies festgestellt und gefordert, „bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich [zu] verringern“. Für die Landwirtschaft ergeben sich daraus große Synergien, indem mit denselben Maßnahmen die Ziele 3 und 6 gleichzeitig befördert werden können: Verringerte Tierhaltung in Intensivregionen, geschlossene Nährstoffkreisläufe und vielfältigere Fruchtfolgen.

Laut Unterziel 3.4 soll „bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel“ sinken. Hunger und Mangelernährung beeinträchtigen die Gesundheit stark und machen viele Erkrankungen wahrscheinlicher. Gleichzeitig nehmen in Industrie- und Schwellenländern Übergewicht und Diabetes zu – die Folgen eines zu hohen Verzehrs stark verarbeiteter Lebensmittel mit hohem Fett- und Zuckergehalt sowie von Fleisch. Die Deutschen essen pro Kopf im Durchschnitt etwa doppelt so viel Fleisch, wie von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung empfohlen. Ein geringerer Fleischkonsum würde also dazu beitragen, Ziel 3 zu erreichen, indem ernährungsbedingte Krankheiten reduziert werden. Wenn dadurch ebenfalls die Erzeugung in Regionen mit intensiver Tierhaltung zurückgeht, bestehen auch Synergien zu Ziel 6. Das ist allerdings nicht automatisch der Fall. In Deutschland ist in den letzten fünfzehn Jahren die Fleischerzeugung trotz leicht zurückgehendem Konsum stark angestiegen, da die Exporte gewachsen sind.

Obwohl in Ziel 3 nicht ausdrücklich erwähnt, ist eine der größten Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung weltweit die zunehmende Resistenz von Krankheitserregern gegen Antibiotika. Damit drohen einfache Infektionen wieder zu lebensbedrohlichen Krankheiten zu werden. Die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen befürchtet, dass Infektionen Krebs als derzeit global häufigste Todesursache ablösen werden. Da in der industriellen Haltung sehr viele Tiere auf engem Raum gehalten werden, die aufgrund der Zucht auf Höchstleistung sehr anfällig für Krankheiten sind, werden routinemäßig große Mengen an Antibiotika eingesetzt. Weltweit etwa doppelt so viele wie bei Menschen. Damit trägt die intensive Tierhaltung wesentlich dazu bei, dass Antibiotikaresistenzen zunehmen. Damit Ziel 3 dadurch nicht gefährdet wird, muss der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung deutlich verringert werden. In kleinen strukturierten Betrieben sowie in der Biolandwirtschaft ist er nach wie vor auf einem viel geringeren Niveau als in industriellen Strukturen, da die Tiere in der Regel gesünder sind. Dort können nicht genauso große Mengen

erzeugt werden, wie in der industriellen Tierhaltung und die Kosten sind in der Regel höher. Würden Tiere vermehrt in kleineren Betrieben gehalten und die Erzeugung sinken, ergäben sich wiederum Synergien mit Unterzielen von Ziel 3 und 6.

2.5 Ziel 12: „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“



Ein geringerer Verbrauch von tierischen Produkten, vor allem Fleisch, wäre damit auch ein Beitrag um gemäß Ziel 12, "Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicher[zu]stellen". Da der hohe Fleischverbrauch mit den geschilderten gesundheitlichen Problemen und durch die hohe Produktion zusätzlich mit Umweltproblemen einhergeht. Gemäß Unterziel 12.3 sollen „bis 2030 (...) die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste“ verringert werden. Ein Drittel des weltweit erzeugten Getreides und ein noch höherer Anteil der Eiweißpflanzen wie Sojabohnen oder Raps wird an Tiere verfüttert. Dabei werden je nach Tierart und Haltungsförm zur Erzeugung einer Kalorie aus tierischen Lebensmitteln zwischen drei und neun pflanzliche Kalorien eingesetzt. Bei dieser Form der Fleischerzeugung geht also Nahrungsenergie verloren, was durchaus als Nahrungsmittelverlust angesehen werden kann. Wiederkäuer wie Rinder, Ziegen und Schafe können sich allerdings überwiegend von Gras ernähren und stehen damit nicht notwendig in Konkurrenz zur menschlichen Ernährung. In intensiven, auf hohe Fleisch- und Milchleistung ausgerichteten Systemen, werden Wiederkäuer jedoch überwiegend mit Getreide und Eiweißpflanzen gefüttert. In der Regel mit besonders großen Verlusten an Nahrungsenergie.

Der Anbau der Futtermittel nimmt immer größere Flächen in Anspruch und ist damit einer der wichtigsten Treiber der Entwaldung in Südamerika. Davon ist indirekt der Regenwald, vor allem aber die Waldsteppe des Cerrado betroffen. Dort wird vor allem Soja als Futtermittel für die industrielle Tierhaltung, angebaut. Die Ausweitung des Sojaanbaus steht damit im Widerspruch zu Ziel 15, das beispielsweise den Erhalt der Wälder und der biologischen Vielfalt fordert. Sowohl der tropische Regenwald als auch der Cerrado gehören zu den artenreichsten Regionen der Welt.

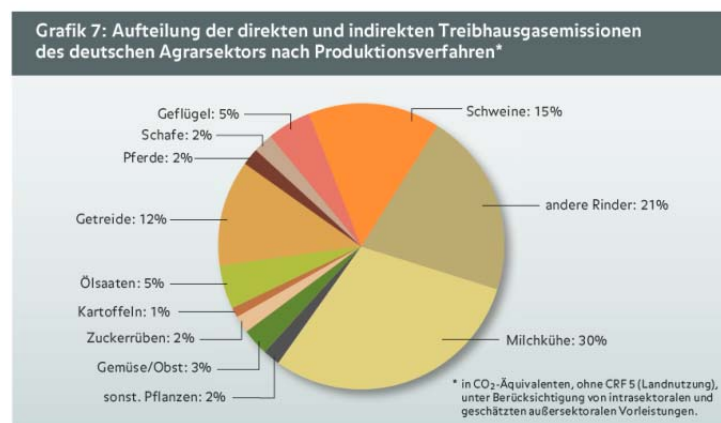


Sojafeld im brasilianischen Cerrado – einer der artenreichsten Regionen der Welt

2.6 Ziel 13: „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“



Ohne den Erhalt der Wälder, beziehungsweise den Stopp der Entwaldung, sind auch die in Ziel 13 bekräftigten Klimaziele von Paris nicht zu erreichen. Der Weltklimarat IPCC definiert nur die Emissionen von Lachgas (aus Böden) und Methan (aus Tierhaltung und Reisanbau) als direkt von der Landwirtschaft verursachte Emissionen. Sie werden auf 10-12 Prozent des gesamten von Menschen verursachten Treibhausgasausstoßes geschätzt. Zählt man die Emissionen aus der Produktion von Inputs wie Dünger und insbesondere die aus Landnutzungsänderungen – neben der Entwaldung auch die Trockenlegung von Mooren – steigt der Anteil auf 17 bis 32 Prozent der Gesamtemissionen. Eine umfassende Studie der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO schätzt dass allein die Tierhaltung 18 Prozent aller vom Menschen verursachten Emissionen ausmacht. Auch in Deutschland entfallen nach Berechnungen des staatlichen Thünen Instituts etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Emissionen auf die Tierhaltung.



Quelle: vTI, 2009

Germanwatch 2013, Schweine im Weltmarkt¹¹

Um das in Paris vereinbarte Ziel, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen bis Mitte des Jahrhunderts um mindestens 95 Prozent sinken. Das erfordert logischerweise, dass auch die Landwirtschaft ihre Emissionen drastisch verringern muss. Das kann nur erreicht werden, wenn weltweit weniger Tiere gehalten werden. Die Bestände sollten vor allem dort verringert werden, wo sie schon heute Gesundheits- und Umweltprobleme verursachen und damit den Zielen 3 und 6 widersprechen. Als Faustregel sollten in einer Region nur so viele Tiere gehalten werden, wie mit dem Gras und den Futtermitteln, die dort angebaut werden, ernährt werden können. Gleichzeitig muss die Eigenschaft der Pflanzen Kohlendioxid aus der Luft aufzunehmen und – letztlich in den Böden – zu speichern, verstärkt genutzt werden. Grasland ist dafür besonders gut geeignet. Damit dieses Potenzial verwirklicht werden kann, ist weitere Forschung notwendig, wie Gras- und Ackerland so bewirtschaftet werden können, dass tatsächlich Humus aufgebaut und damit Kohlenstoff dauerhaft gebunden wird. Zudem müssen diese Erkenntnisse in praktische Empfehlungen für LandwirtInnen und ViehhalterInnen übersetzt werden.

¹¹ www.germanwatch.org/6351

Damit LandwirtInnen und ViehhalterInnen nachhaltige Wirtschaftsformen systematisch und dauerhaft anwenden können, ist gemäß Ziel 4 eine „inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung“ notwendig, wobei Unterziel 4.4 vor allem auf die berufliche Bildung abzielt. Landwirtschaftliche Bildung und Beratung wird in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern immer noch vernachlässigt und auch dadurch erschwert, dass es in vielen Ländern noch einen hohen Anteil an AnalphabetInnen im ländlichen Raum gibt. Auch dort, wo eine formelle landwirtschaftliche Ausbildung üblich ist, wird meist ein Schwerpunkt auf möglichst hohe Erzeugung gelegt und Themen wie Klima- und Bodenschutz spielen nur eine untergeordnete Rolle.



3 "Besser und weniger" - Wie Landwirtschaft und Tierhaltung die SDGs voranbringen können

Landwirtschaft ist die Grundlage unserer Ernährung und bestimmt maßgeblich, wie unsere Landschaften aussehen und welche Pflanzen und Tiere darin leben (können). Für Milliarden Menschen ist sie die bei weitem wichtigste Einkommensquelle. Fleisch und Milch sind eine wertvolle Ergänzung für die menschliche Ernährung und für eine nachhaltige Landwirtschaft ist Tierhaltung wichtig, vielleicht sogar unverzichtbar. Tiere können Grasland und Ackerfrüchte nutzen, die für die menschliche Ernährung nicht direkt geeignet sind. Ihre Exkremente sind ein wertvoller Dünger und halten den Nährstoffkreislauf auf natürliche Weise in Gang.

Wird Landwirtschaft zu intensiv betrieben und werden zu viele Tiere auf zu engem Raum gehalten, kehren sich diese Vorzüge in ihr Gegenteil. Mittlerweile ist Überkonsum von Lebensmitteln weltweit fast so verbreitet wie Hunger. Dem Argument, es müssten immer mehr Lebensmittel erzeugt werden, um den Welthunger zu bekämpfen, fehlt damit die Grundlage. Im Gegenteil lassen sich viele Probleme leichter lösen, wenn Landwirtschaft weniger intensiv betrieben wird, und die Erzeugung zurückgeht. Das gilt auch – und ganz besonders – für die Tierhaltung. Der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik des Bundeslandwirtschaftsministeriums kommt in seinem 2015 – also kurz vor den SDGs – veröffentlichten Gutachten "Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung" zu einem ähnlichen Schluss: Zentrales Element einer zukunftsfähigen Tierhaltung sollte das Leitbild "besser und weniger" sein, nach dem weniger Fleisch und Milchprodukte verbraucht werden sollten. Die müssten dafür nachhaltiger erzeugt werden. Viele LandwirtInnen, Fleischindustrie und Molkereien müssten ihre Strategie von Mengenwachstum und möglichst niedrigen Kosten ändern und versuchen, eine höhere Wertschöpfung pro Kilo Fleisch und pro Liter Milch zu realisieren, indem die besondere Qualität der umwelt- und tierfreundlichen Erzeugung hervorgehoben werden. So ein grundlegender Strategiewechsel muss auch durch öffentliche Mittel unterstützt werden. Dazu soll die Europäische Agrarpolitik umgestaltet werden. Die Empfehlungen des Beirats sind in ähnlicher Form sicher auch für andere Länder mit intensiver Tierhaltung und hohem Verbrauch in Europa, Nordamerika, Lateinamerika und Ostasien gültig.

In Ländern mit sehr niedriger Produktivität in Landwirtschaft und Tierhaltung, wie in Afrika oder Südasien, sollten dagegen wie in Ziel 2 vorgesehen, Erzeugung, Produktivität und Nachhaltigkeit gleichzeitig gesteigert werden. Dabei muss im Sinne der Armutsbekämpfung ein besonderes Augenmerk auf KleinerzeugerInnen und nomadischen ViehhalterInnen liegen. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung setzen damit klare Leitplanken für die Entwicklungspolitik und die Agrarpolitik in Deutschland und Europa. In der internationalen Zusammenarbeit beginnt sich dies bereits niederzuschlagen. "Zu Hause" muss die beginnende Diskussion um die Gestaltung der Europäischen Agrarpolitik nach 2020 dringend genutzt werden, um die SDGs als Zielgrößen zu verankern.

Sie fanden diese Publikation interessant?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: BIC/Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 212300

Spenden per SMS: Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Mitgliedschaft: Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/de/mitglied-werden

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:
Telefon: 0228/604920, E-Mail: info@germanwatch.org

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.germanwatch.org** oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.